

UNION

in Deutschland

INFORMATIONSDIENST

der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union

100 Tage SPD

„Kurzprogramm“ der Sozialdemokraten erinnert an das mißglückte Experiment der Labour-Partei

Die CDU/CSU plant für die Zukunft. Ihre politischen Ziele sind weitgesteckt; sie hat es nicht nötig, Programme für kurze Zeiträume zu entwickeln, denn 16 Jahre in der Regierungsverantwortung haben deutlich gemacht, was von den Unionsparteien für das ganze Deutschland geleistet werden kann.

Diese Antwort muß der SPD zuteil werden, die durch ihren Spitzenkandidaten soeben ein Programm für 100 Tage einer sozialistischen Regierung in der Bundesrepublik verkünden ließ. Brandt hat jeweils in fünf Punkten zur Außen- und Innenpolitik vorrangige Punkte genannt, die seine Partei glaubt anstreben zu können.

Nun, dieses Rezept ist nicht neu, sondern von der sozialistischen Schwesterpartei in Großbritannien entliehen. Ansonsten läßt sich die SPD nicht gerne in einem Atemzug mit der Labour-Partei nennen. Sie hat zuviel an der Politik der Genossen in Großbritannien auszusetzen. Ihnen aber in einer anscheinend spektakulären Weise nachzueifern, hat die deutsche Sozialdemokratie für richtig gehalten. Untersuchen wir doch einmal, welchen Erfolg die britische Partei mit ihrem Rezept hatte, und wir werden erkennen, daß die SPD es nicht besser machen kann:

● Am 5. Januar 1965 wurde die Erhöhung der britischen Eisenbahntarife um 4 Prozent für Frachten und um 5 Prozent für Personen beschlossen.

● In ihrer Ausgabe vom 6. Januar 1965 spricht die „Financial Times“ von Preislawinen. Seit Oktober 1964 sind in England allein 3200 Artikel in der Lebensmittelbranche teurer geworden. Auch die Preise für Bier, Süßwaren, Arzneimittel und Waschmittel sind seit Weihnachten 1964 angestiegen.

● Am 10. Januar 1965 fordern die britischen Verbraucherverbände die Hausfrauen zu Käuferstreiks auf, da Preiserhöhungen für Rind- und Hammelfleisch sowie Puddingpulver und Käse bekannt werden.

● Am 29. Januar zeigt die Regierung an, daß sie eine nationale Preis- und Einkommenskommission ernennen will. Ihre Einkommensüberwachung soll sich u. a. auf Arbeitslöhne, Gebühren, Gehälter, Tantiemen und Dividenden erstrecken.

● Am 1. Februar 1965 warnt der Gouverneur der Bank von England vor der Illusion, daß die ausländischen Freunde Großbritanniens noch einmal wie im Herbst 1964 helfend einspringen würden — bis Ende Januar 1965 mit weit über 1000 Million Dollar — um „britische Ambitionen auf dem Gebiet sozialer Wohlfahrt finanziell zu unterstützen“ — eine drastische Einschränkung der öffentlichen Ausgaben sei dringend erforderlich. Die für die dramatische Rettung des englischen Pfundes bereitgestellten über 1000 Million Dollar wurden durch eine koordinierte Rettungsaktion aller staatlichen Zentralbanken — darunter auch der Deutschen Bundesbank — aufgebracht.

● Ähnlich erging es den hochfliegenden Plänen der Labour-Regierung zur Hochschulpolitik. Wollte man vor den

Wahlen in den nächsten 20 Jahren etwa 45 neue Universitäten erstellen — nach dem Bericht einer Labour-Untersuchungskommission unter dem Vorsitz von Lord Taylor — so erklärte jetzt der britische Erziehungsminister Crossland — dessen Unterschrift auch unter der Labour-Forderung nach 45 neuen Universitäten steht — daß entweder überhaupt keine oder im günstigsten Fall eine einzige Universität in den kommenden zehn Jahren errichtet werde.

Das verheißungsvolle Aktionsprogramm einer sozialistischen Partei hat sich in einer harten Wirklichkeit erschreckend gewandelt.

Die CDU beabsichtigt nicht, ihren Wählern durch nichtssagende Hundert-Tage-Programme Sand in die Augen zu streuen. Sie hat in den 5844 Tagen ihrer politischen Führung dem deutschen Volk bewiesen, was sie kann. Aus diesem Grunde lehnt es die CDU auch ab, Programme für einige Tage aufzustellen. Sie rechnet mit längeren Zeiträumen und hat dem deutschen Wähler hierfür eine klare Konzeption vorgelegt.

Erhards Erklärungen begrüßt

Adenauer: Konsequente Fortsetzung meiner Politik

Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler a. D. Dr. Konrad Adenauer, erklärte am 6. 9. 1965 im Anschluß an die Sitzung des Parteipräsidiums der CDU folgendes:

Bundeskanzler Erhard hat gestern über wesentliche Punkte seiner Regierungsarbeit wichtige Erklärungen abgegeben. Er hat mit Recht die große Bedeutung der europäischen Einigung betont, die sich nicht auf wirtschaftliche Verflechtungen beschränken dürfe, sondern zu einer politischen Zusammenarbeit führen müsse. In der deutsch-französischen Aussöhnung und Zusammenarbeit sieht er eine wichtige Grundlage für das europäische Einigungswerk. Er hat deshalb die feste Absicht der Bundesregierung bekundet, den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag zum Wohle beider Völker mit Leben zu erfüllen.

Daneben hat er dargelegt, daß die gesamt-europäische Politik der Bundesregierung auf bessere Beziehungen mit den osteuropäischen Nationen hinziele. Die bestehenden Ansätze sollen auf der Grundlage und unter Voraussetzung einer Respektierung des deutschen Volkes und seines Rechts auf Einheit intensiviert werden.

Ich begrüße diese Erklärungen von Bundeskanzler Erhard. Ich sehe darin eine konsequente Fortführung der unter meiner Verantwortung geleisteten Arbeit der Bundesregierung. In allen diesen Überlegungen und Absichten gehe ich völlig mit ihm einig.

Lemmer handelte menschlich

Justizsenator Kirsch waren Paragraphen wichtiger

Ein parlamentarisches Nachspiel im Berliner Abgeordnetenhaus wird die höchst umstrittene Rüge des Berliner Justizsenators Kirsch (FDP) an die Adresse des Abgeordneten und Bundesvertriebenenministers Ernst Lemmer wegen der Auslieferung der neunjährigen Angelika Kurtz an die Zone haben.

Bereits in der ersten Arbeitssitzung nach den Parlamentsferien am 23. September wird eine Debatte über die unqualifizierten Äußerungen des Justizsenators zum Fall der in West-Berlin lebenden Angelika Kurtz erwartet, deren Mutter aus Zwickau die Überstellung ihrer Tochter in die Sowjetzone verlangt. Anlaß für das Vorgehen von Kirsch war die Empfehlung Lemmers, nach Ausschöpfung des Rechtsweges aller Instanzen in Deutschland, die Auslieferung der kleinen Angelika an die Zone durch Anrufung der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg zu verhindern.

In dieser Anregung des Berliner Abgeordneten Lemmer sah der Justizsenator eine „Herabwürdigung“ der Gerichtsbarkeit. Empört wandte sich Ernst Lemmer an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Otto Bach (SPD), der das Verhalten des Bundesvertriebenenministers rechtfertigte. Die Kritik von Kirsch an Lemmer sei „nach Inhalt und Form zu mißbilligen“, schrieb Bach an Brandt. Indirekt mußte Bach auch den Justizsenator in seinem Brief an Brandt belehren: Jeder Staatsbürger und jeder Abgeordnete habe das Recht, in der Gerichtsentscheidung, Angelika Kurtz in die Zone abzuschleppen, einen Verstoß gegen die europäische Menschenrechtskonvention zu sehen. Natürlich dürfe auch jeder dazu auffordern, die Menschenrechtskommission anzurufen, wie es der Abgeordnete Lemmer getan habe.

Scharf kritisiert Bach außerdem, daß der Justizsenator Abschriften seines Briefes an den Bundesjustizminister allen Justizverwaltungen der Länder zugesandt hat. „In diesem Verhalten muß ich einen Ver-

such sehen, ein Mitglied des Abgeordnetenhauses daran zu hindern, andere Personen zur Anrufung der Menschenrechtskommission aufzufordern“, schreibt Bach. In seinem Brief an Ernst Lemmer geht Bach auch auf den Vorwurf von Kirsch ein, die Berliner Gerichtsbarkeit sei angegriffen worden. „Kein vernünftiger Richter wird in dem Gebrauch eines derartigen Rechtsbehelfs oder in der Aufforderung zu diesem Gebrauch eine Herabsetzung sehen“.

Der Instanzenweg deutscher Justiz war erschöpft. Daraufhin regte Ernst Lemmer

an, sich an die Menschenrechtskommission zu wenden. Inzwischen setzte jedoch das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg den Auslieferungsbeschuß erneut aus:

Nach dieser überraschenden Wendung des Falles hieß es „in Senatskreisen“, man sei über dieses Urteil „wenig glücklich“. Es wurden „politische Konsequenzen“ befürchtet. Wenn dieser Gerichtsbeschuß von höchster Instanz nicht bestätigt werde, dann sei der Zone öffentlich bescheinigt worden, daß sie kein Unrechtsregime sei.

Daraufhin richtete der CDU-Abgeordnete Müllerburg eine Kleine Anfrage an den Senat, die dieser jetzt schriftlich beantworten muß. Billigt der Senat die öffentliche Äußerung der Befürchtungen dieser Senatskreise, fragt Müllerburg: „Oder hält es der Senat für im höchsten Maße ungeschickt, durch unzutreffende Parallelen zwischen dem Sonderfall Angelika Kurtz und dem Problem der Überstellung von Ausreisern den Zonenbehörden billige Argumente zu liefern?“.

Die FDP prophezeit

Kleine Partei mit großen Sorgen

Mit gedämpftem Trommelschlag hat die FDP am 2. September in Essen einen Wahlkongreß veranstaltet. Der beschwörende Appell der FDP-Spitzengarnitur „FDP nötiger den je“ schien nicht einmal die eingeladenen Vertrauensleute und Mitglieder sonderlich zu überzeugen.

Der FDP-Wahlkongreß zeichnete sich besonders durch zahlreiche Ungereimtheiten der Redner Weyer, Bucher und Mende aus. Wollte man diesen FDP-Politikern Glauben schenken, dann wurde der Wahlkongreß nur veranstaltet, um eine absolute Mehrheit der CDU/CSU zu verhindern. Daß die SPD das Rennen bereits verloren hat, ist für die FDP eine ausgemachte Sache. Und die Alleinherrschaft einer Partei, der CDU/CSU, zu verhindern, ist das erklärte Ziel der FDP. Na-

türlich nicht aus parteipolitischen Gründen, sondern um „des Rechts und der Freiheit willen“, wie es sich für anständige Freie Demokraten gehört. Eine Koalition mit der CDU/CSU, die eine absolute Mehrheit erhalte, komme für die FDP nicht in Betracht, versicherte Mende.

„Aber auch die große Koalition ist vom Übel“, meinte Weyer: „Mögen sich die Stromliniendemoskraten in der CDU und SPD gierig an die Macht drängen. Stromliniendemokratie ist das Ende der parlamentarischen Demokratie.“ Aber so sehr scheint der FDP das Wohl der Demokratie auch nicht am Herzen zu liegen. Denn auf die Frage, ob die FDP nicht die CDU/CSU der SPD in die Arme treiben würde, falls die Union eine absolute, aber nicht regierungsfähige Mehrheit erreichte, stützte Mende, fing sich aber rasch und sagte, daß für ihn eine Koalition mit der CDU/CSU nicht in Frage käme, sofern diese Parteien auch nur einen Abgeordneten mehr stellen würden als FDP und SPD. Also aus mit der parlamentarischen Demokratie in einem solchen Falle, und alles nur wegen Mende.

Mangels eigener überzeugender Politiker versucht die FDP, sich an die Rockschöbe prominenter CDU-Politiker zu halten. Ihr Mann heißt Schröder. Schröder, so sagten die FDP-Redner, würde die gleichen außenpolitischen Ziele wie die FDP verfolgen, u. a. Errichtung von Botschaften in den Satellitenstaaten.

Allerdings hat der Bundesaußenminister zu verstehen gegeben, daß er sich bei seiner Politik weiter auf die Union stützen wird und diplomatische Beziehungen zum Ostblock für nicht aktuell hält.

So wird die FDP nach solchen abgeschlagenen Anbiederungsversuchen mit ihren eigenen Leistungen und Politikern um Wählergunst werben müssen. Und davor scheint die FDP Angst zu haben.

Neues Sieben-Punkte-Programm

Schleswig-Holstein fördert seine Beziehungen zu Dänemark

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Dr. Lemke hat im Landtag ein Sieben-Punkte-Programm der Landesregierung verkündet, das dazu beitragen soll, die nachbarlichen Beziehungen zwischen dem nördlichsten Bundesland und Dänemark weiter zu verbessern.

Lemke unterstrich darin die Verpflichtung Schleswig-Holsteins, als einziges Bundesland mit einer politisch und kulturell wirkenden Minderheit — die Dänen sind durch einen Abgeordneten der Südschleswigschen Wählervereinigung (SSW) im Landtag vertreten — die Beziehungen zu Dänemark besonders zu pflegen.

Diesen Aufgaben dienen nach Auffassung des Ministerpräsidenten u. a. der seit Jahren zwischen beiden Regierungen praktizierte Erfahrungsaustausch, der Jugendaustausch sowie Patenschaften und Städtefreundschaften. Wie Lemke weiter ausführte, hat die Ansiedlung dänischer Unternehmen in Schleswig-Holstein trotz zahlreicher noch ungelöster Fragen, die auf die Zugehörigkeit zu den unterschiedlichen Wirtschaftsblöcken EWG und

EFTA zurückzuführen sind, weiter dazu beigetragen, daß beide Länder einander näherkommen.

Auf den kulturellen Sektor eingehend, betonte der Ministerpräsident, die Zahl der am freiwilligen dänischen Sprachunterricht teilnehmenden deutschen Schüler sei gestiegen. Als erster Schritt in Richtung auf ein von den Dänen gewünschtes Dänisches Institut an der Landesuniversität in Kiel soll eine dänische Gastprofessur eingerichtet werden. Sie soll verschiedene Disziplinen umfassen.

Der Vertreter der dänischen Minderheit im Landtag, Bahnsen, würdigte die Bemühungen der Landesregierung und der kommunalen Selbstverwaltungen um die gegenseitige Verständigung, die dazu geführt haben, daß „aus dem Gegeneinander ein Miteinander“ wurde.

Das Präsidium der CDU hat am 6. September unter Vorsitz des Parteivorsitzenden Dr. Konrad Adenauer folgenden Aufruf einstimmig an die deutschen Wähler verabschiedet:

Deutsche Wählerinnen und Wähler!

Die Bundestagswahl am 19. September ist eine der folgenschwersten Entscheidungen seit Gründung der Bundesrepublik. Darum wendet sich das Präsidium der Christlich Demokratischen Union Deutschlands an das deutsche Volk.

I.

Nach 16 Jahren Regierung der CDU/CSU erfreut sich die Bundesrepublik einer sozialen Sicherheit und eines allgemeinen Wohlstandes, die in der deutschen Geschichte ohne Vorbild und in Europa ohne Beispiel sind. Noch nie hat Deutschland den Deutschen solche Chancen geboten wie heute. Deutschland wäre ein glückliches Land, wäre es nicht geteilt.

Aber die Weltlage, von der die Bundesrepublik abhängt, ist ernst. Die Welt ist von Krieg und gefährlichen Krisen bedroht. Wo der Friede in der Welt gefährdet wird, ist auch unsere Sicherheit bedroht. Wo der Kommunismus angreift, greift er auch nach uns.

Friede und Sicherheit sind in Gefahr. Europa scheint ruhig; aber diese Ruheuscht. Eine stetige und erprobte Politik muß den Frieden Deutschlands und Europas sichern und festigen, jeden Tag aufs neue.

II.

Zum ersten Male drängt eine Partei zur Macht, die ihr wahres Programm nicht mehr vorzuzeigen wagt — eine Partei ohne Erfahrung und Erfolg. In der Außenpolitik spielt sie mit Projekten, die unsere Sicherheit, unsere Freiheit und die Wiedervereinigung Deutschlands gefährlichen Experimenten aussetzen. An die Stelle der Politik setzt sie Reklame; ihr fehlen Kraft und Wille, die Lebensinteressen der Nation frei und offen zu vertreten.

Wir vertrauen auf die Vernunft und die Friedensliebe unseres Volkes.

Jeder Wähler muß überlegen:

Soll ich meine wirtschaftliche Lage gefährden?

Soll meine Familie ihre Sicherheit verlieren?

Soll Deutschland durch Brandt repräsentiert werden?

III.

Die CDU verspricht keine Wunder. Das darf keine Partei tun. Die CDU verbürgt Sicherheit und Frieden und Wohlstand.

Die CDU preist keine Regierungsmannschaft an, die es einmal probieren möchte. Die CDU ist in der Regierung erprobt. Die CDU hat einen zuverlässigen Kanzler. Wir vertrauen Ludwig Erhard.

Deutsche Wählerinnen und Wähler!

Sie müssen prüfen, Sie sollen handeln. Sie werden entscheiden.

Es geht um Deutschland!

Auch das ist Brandt

In einem Interview mit der „Frankenpost“ vom 6. September hat der Landesvorsitzende der CSU, Strauß, die SPD davor gewarnt, ihre demagogische Agitation gegen ihn fortzusetzen. Laut „Frankenpost“ erklärte Strauß:

„Wenn Erler nicht einpackt, dann packe ich aus! Strauß griff zu einer Mappe und zitierte einen Ausspruch, den Willy Brandt noch 1946 als Emigrant in Stockholm getan haben soll. Er lautete: ‚Ich habe mich nie für die Todesstrafe begeistern können. Aber nachdem die Welt, in der wir leben, nun einmal so ist, rechne ich damit, daß es notwendig sein wird, eine große Anzahl von wertlosem nazistischem Leben auszulöschen.‘“

Verlängerter Arm der Partei

Der dringende Verdacht unerlaubter Amtshilfe ist in Berlin gegen die von der SPD geleitete Senatsverwaltung für Arbeit und Sozialwesen erhoben worden. Von der SPD sind nämlich an die in der geteilten Stadt lebenden westdeutschen Arbeitskräfte in einer großen Aktion Unterlagen mit der Aufforderung zur Teilnahme an der Briefwahl zum 19. September verschickt worden. Von den Sozialdemokraten wird behauptet, sie haben sich die Adressen durch die SPD-Betriebsgruppen besorgt. Die CDU hat aber ein anschauliches Beispiel als Gegenbeweis. Auch zwei Sekretärinnen in der Landesgeschäftsstelle der Berliner CDU, die vor kurzem nach Berlin übersiedelten, erhielten ebenfalls das SPD-Werbematerial.

Auf ein Wort

Liebe Freunde,

die SPD-Wahlkampfleitung scheint recht nervös geworden zu sein. Nachdem man wochenlang unseren Bundeskanzler Ludwig Erhard persönlich angegriffen und zugleich erklärt hat, man wolle nicht schimpfen, beginnt jetzt der SPD-Vorsitzende Brandt Zwischenrufer bei seinen Versammlungen mit den Worten: „Halten Sie das Maul!“ zur Ruhe zu bringen. So geschehen am Montagabend in Bad Honnef. Und der SPD-Senator Schmidt aus Hamburg hat, wie eine Pirmasenser Zeitung indigniert bemerkte, die „Schweine“ in der Politik entdeckt.

Sicherlich wundert Sie, meine lieben Freunde, dieser Stil nicht. Verwunderlich ist allenfalls, daß die SPD so großen Wert darauf gelegt hat, vor dem Wahlkampf ein Fairneßabkommen abzuschließen. Aber es gibt noch andere Zeichen von großer Nervosität in diesem Wahlkampf. Sie kennen alle unser Flugblatt „Wer sechsmal irrt, dem glaubt man nicht“. Auf diesem Flugblatt ist mit dokumentarischer Deutlichkeit dargestellt, mit welchen Werbesprüchen die SPD früher geworben hat, und dabei stehen Zitate aus dem Munde derselben Leute, die heute das „Schattenkabinett“ darstellen, zu Problemen, die uns auch heute noch interessieren. Nur daß Erler und Schmidt und Wehner damals ganz anders sprachen als heute.

Die SPD kann nicht leugnen, daß die Zitate richtig sind. Sie kann auch nicht leugnen, daß die Plakate naturgetreu wiedergegeben sind. Sie leugnet auch nicht, daß sie sofort gewußt hat, das Flugblatt kommt von uns. Aber sie hat eine winzige Kleinigkeit vermißt: auf einem Teil der Flugblätter steht kein Druckvermerk. Und aus diesem Grunde hat sie eine Strafanzeige gestellt, damit der weitere Vertrieb der Flugblätter verboten wird. So streng sind da die Bräucher! Und so sehr hat sich die Baracke über unser wahres Flugblatt geärgert.

Natürlich werden wir die Flugblätter, da sie mittlerweile mit einem Druckvermerk verziert worden sind, weiter verteilen. Es wäre ja noch schöner, wenn die Wahrheit in diesem Lande nicht mehr gelten würde. Aber alles zusammen zeigt doch, wie sehr sich die SPD getroffen fühlt.

Das kann man auch verstehen, wenn man an die Meinungsverschiedenheiten denkt, die zwischen den führenden Männern dieser Partei bestehen. Brandts Gerede über den Friedensvertrag wurde von Wehner zurückgepfiffen; zwischen Erler und Brandt bestehen schwere Spannungen, und die Finanz- und Sozialexperten sind sich auch untereinander uneins. Kein Wunder, daß die SPD da nervös wird! Wir werden ruhig weitermachen, bis der Sieg unser ist.

Ihr Konrad Kraske

SPD-Deutsch

Frau Herklotz ärgert sich in Speyer

Die Toleranz wird von der SPD sehr oft beschworen. Wenn es aber darum geht, Toleranz gegenüber dem politischen Gegner zu üben, dann sind die Beteuerungen schnell vergessen.

Ein typisches Beispiel dafür lieferte die SPD-Kandidatin Frau Luise Herklotz. In Speyer spielte sich nach einem Bericht des „Pfälzer“ vom 29. 8. 1965 folgendes ab:

„Sie predigte Toleranz als oberste politische Tugend: Frau Luise Herklotz, SPD-Bundestagskandidatin aus Speyer. Die Tugend verkündete sie wohlweislich am Ende der Podiumsdiskussion. Was sie nämlich vorher bot, das war von Toleranz kaum angerührt. — Zuerst legte sie sich mit dem Diskussionsleiter an. In Ermangelung der Argumente versuchte sie zunächst, durch Ausschlagen von Verfahrensschwierigkeiten und ähnlichen Mätzchen, Boden zu gewinnen. Aber die beiden anderen Kandidaten und das Publikum sorgten dafür, daß sie endlich zur Sache kam. Doch da flüchtete sie in eine zweifelhafte Dialektik. Das hörte sich dann so an: Sie glaubte, die Opposition habe ihre Aufgabe voll und ganz erfüllt:

Im einzelnen könnte ich Ihnen Gesetze aufzählen, große Anfragen, ich könnte die großen Debatten der 50er Jahre, ich könnte Debatten von heute — (Gemurre, Zuruf: ‚gegen die NATO‘) da könnten sie aber nur lernen (Zuruf: ‚gegen Bundeswehr‘) wie wir (Diskussionsleiter bittet, Frau Herklotz aussprechen zu lassen) — ich würde das so nicht aufgreifen, auch wieder so einfach, wie Sie sich das machen, das geht nicht, denn die Bundesrepublik war im Werden — und vergessen Sie nicht, daß die Sozialdemokraten bei ihren Entscheidungen — und manches NEIN, das damals gesagt wurde, war in Wirklichkeit ein JA (langanhaltendes, schallendes Gelächter). Ich kann warten, bis Sie sich beruhigt haben — war ein JA, jawohl ein JA.

Zu Deutschland wie's damals — beispielsweise 1955 sich, wie die deutsche Frage damals vielleicht noch zu handhaben gewesen wäre. Aber Demokraten ügen sich den Mehrheitsbeschlüssen, und Demokraten arbeiten auch dann mit — und heute, wir haben heute eine ganz andere Situation und wie gesagt — ich will Sie — Sie können mich dann fragen — ich will mehr dazu jetzt nicht sagen, aber ich bin der Auffassung, daß wir unsere Aufgabe als Opposition so gut gemacht haben (mehrfaches Zischen), nein —, daß wir jetzt beweisen können, daß wir auch regieren können im Bund. (Zaghafter Beifall, lautes Gelächter, Zischen, Pfuirufe.)

Zufriedenes Lächeln bei den Genossen. Sie wiegten ihre Köpfe, beladen mit hundertjähriger Parteitradition. Der unbefangene Zuhörer aber stellte mit Erstaunen

„Wahlkampf“ à la Goebbels

Offener Brief an den SPD-Trommler Günter Grass

Der angesehene Braunschweiger Prof. Dr.-Ing. K. Pieper hat dem Schriftsteller Grass in einem Offenen Brief vorgeworfen, er bediene sich bei seinen Wahlkampfreden für die SPD „Methoden Goebbelscher Prägung“.

In dem Offenen Brief, der am 4. September in der „Braunschweiger Zeitung“ veröffentlicht wurde, heißt es u. a.:

„Ich bin noch nie von einem politischen Vortrag so enttäuscht worden wie von Ihrem. Sie haben eine Stunde lang auf witzige, auf bissige und auf beleidigende Weise gesagt, die Regierung sei schlecht und habe versagt, ohne diese Behauptung ein einziges Mal sachlich zu beweisen

und Entsetzen fest, daß die SPD noch nie Alternativen zu bieten hatte: Ihr NEIN war in den entscheidenden Fragen ja ein heimlich in der Brust gehegtes JA! Frau Herklotz hat es uns verraten.

Vielleicht war auch das JA der SPD zu den Gesetzen des 4. Bundestages ein heimliches NEIN, wie ein Zuhörer treffend bemerkte. Wahlgeschenke hat doch nur die CDU gemacht! Oder? Luise Herklotz: ‚Aber — aber warum sollen denn wir gegen Gesetze stimmen, die die einbringen, kostentreibend, nur damit man dann sagen kann hinterher: Da seht er se, da haben se also wieder nein gesagt. (Tumult) — Natürlich, ‚s is doch so.‘

Warum aber wirft die SPD der Regierung ständig solche Mehrausgaben vor, wenn sie selbst dafür gestimmt hat? (Sicher niemals aus wahltaktischen Überlegungen; dergleichen tut die SPD ja nicht!?) Warum bekennt sich dann die Opposition im Parlament nicht zu dem, wie sie als richtig erkannt hat? Ein ganz neues Parlamentsgefühl?

Seltsam, gefährlich und ganz neue Perspektiven eröffnend, ist die Dialektik der Frau Luise Herklotz. Wem nicht das Vorstellungsvermögen dieser Frau gegeben ist, der wird wohl nie dahinterkommen!“

Neue Zusammenarbeit

Evangelische Arbeitskreise schließen sich enger zusammen

Die evangelischen Arbeitskreise der CDU aus Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland trafen sich unter Leitung von Bundesaußenminister Dr. Schröder in Wiesbaden. Diese Tagung stellte den ersten Versuch dar, mit Arbeitskreisen benachbarter Bundesländer zum Erfahrungsaustausch und zur Besprechung gemeinsam interessierender Anliegen zusammenzukommen.

Bei der Zusammenkunft in Wiesbaden handelte es sich in erster Linie um die Berichterstattung über die Entwicklung der Arbeitskreise in den drei Ländern und um eine Überprüfung ihrer organisatorischen Arbeitsmöglichkeiten. Es ist beabsichtigt, eine Art Arbeitsteilung zwischen den Landesorganisationen herbeizuführen. Deshalb wurden diesmal auf Grund der drei Referate aus den drei Ländern die konkreten Arbeitsthemen erörtert, die für die nächste Legislaturperiode im Vordergrund stehen dürften.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen Überlegungen über ein Arbeitsprogramm, das nach der Neuwahl des Bundestages festgelegt werden soll. Es soll weiter untersucht werden, welche Arbeitskreise

in den Ländern am besten geeignet sind, die eine oder andere Sonderfrage kultureller oder sozialer Art zu übernehmen. So ist nach den Mitteilungen Dr. Schröders beispielsweise in Aussicht genommen, den Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises von Baden-Württemberg, Kultusminister Prof. Hahn, zu bitten, sich vordringlichen kulturellen Fragen zu widmen.

Nach der Wahl wird in einer Gesamttagung des Evangelischen Arbeitskreises über dieses Programm Beschluß gefaßt werden. Auf Grund der guten Erfahrungen, die bei der Zusammenkunft in Wiesbaden gemacht worden sind, sollen ähnliche Tagungen im kleineren Kreise einiger Nachbarländer auch anderwärts einberufen werden.

sen oder gar den angeblichen Mißerfolgen der Regierung ein besseres Konzept gegenüberzustellen. Sollte eine Partei wie die SPD einer Studentenversammlung vor der Wahl wirklich nichts anderes bieten können als gut erzählte Witze und Märchen?

Uns hängt diese Art des Wahlkampfes bereits zum Halse heraus, und wir haben gerade von Ihnen etwas anderes erwartet. Denn als Aufgabe des Schriftstellers haben Sie doch selbst aus der Geschichte abgeleitet, daß er die großen, die übergeordneten Gedanken haben und formen soll und kann. Dann aber haben Sie unzugemutet, wir sollten die Partei wählen, deren Prophet die besten Witze macht.

Sie haben ohne Begründung der Regierungspartei vorgeworfen, sie verfälle in Methoden Goebbelscher Prägung. Ich muß Ihnen sagen, daß Ihr Beitrag zum Wahlkampf mich, der ich mich des Herrn Goebbels noch gut entsinne, sehr an die damaligen Methoden erinnert hat. Man behaupte, ohne nachzuweisen, man schimpfe, man witzele, man versuche lächerlich zu machen, man gebrauche vieldeutige Vergleiche und deutete nur an; dann braucht man kein sachliches Wort zu sagen und hat die Lacher auf seiner Seite.

Ich bin der Überzeugung, daß Ihre so groß angekündigten Veranstaltungen unserem Volk viel mehr schaden, als sie Ihrer Partei nutzen können. Einerseits rechtfertigen Sie durch das Gewicht Ihres Namens diese Art des unsachlichen Wahlkampfes; andererseits vertun Sie mit der Behauptung, dies sei der angemessene Beitrag des modernen deutschen Schriftstellers zu den Schicksalsfragen seines Volkes, den Wert, den diese Stimmen wirklich haben könnten und müßten.“

Er versagt überall

Ein Auszug aus dem Berliner Sündenregister Brandts

Daß Brandt kein Staatsmann ist, hat sich mittlerweile sogar in der SPD herumgesprochen. Deshalb versuchen die Sozialdemokraten verzweifelt, das ramponierte Bild ihres Spitzenkandidaten mit dem Hinweis auf die Berliner Leistungen Brandts aufzupolieren. Aber auch in Berlin hat Brandt versagt.

Zur Bundestagswahl hat die SPD ein großspuriges Programm zur Förderung des Schulsportes verkündet. In Berlin hingegen, wo sie ihre Versprechungen in die Tat umsetzen könnte, ist keine der Einzelforderungen der SPD durchgeführt; z. B. gibt es keine tägliche Bewegungsstunde in den ersten Schuljahren. Die vier Sportstunden pro Woche stehen in keiner Berliner Schule auf dem Stundenplan, Schwimmunterricht findet nur unregelmäßig statt. Die Ausstattung der Sportübungsstätten ist katastrophal.

In Berlin nur fast

Brandt hat einmal selbst zugegeben, daß er in einem bestimmten Berichtszeitraum von 269 Stunden mehr als ein Viertel der Zeit außerhalb Berlins war, nicht gerechnet Urlaub und Sonn- und Feiertage. Es war sogar einmal geplant, daß der Regierende Bürgermeister seine Arbeitszeit zwischen Bonn (als SPD-Bundesvorsitzender) und Berlin genau halbiert. Dieses Vorhaben ist jedoch auf Grund des Protestes der Berliner Öffentlichkeit fallengelassen worden. Es ist kein Geheimnis, daß Brandts Stellvertreter Heinrich Albertz (SPD) der eigentliche Chef der Berliner Verwaltung ist. So wurde im Juli 1965 der Mammut-Etat des Landes Berlin für 1966, dessen Ausgaben zur Hälfte der Bund bestreitet, in Abwesenheit Brandts vom Senat beraten und verabschiedet.

Mit erheblichem Geschrei beklagt die SPD im Bundesgebiet Tarifierhöhungen öffentlicher Unternehmungen, soweit sie nicht von der SPD kontrolliert werden, wie z. B. Telefongebühren. In Berlin hat die SPD jedoch verschiedentlich bei den städtischen Unternehmungen derart hohe Tarifierhöhungen durchgeführt, daß deutliche Auswirkungen auf den Lebenskostenindex festzustellen waren. 1964 erhöhte der Monopolbetrieb BVG (Berliner Verkehrs-Betriebe) seine Tarife bis zu 50 Prozent. Die Mehreinnahmen sollten ein Defizit decken, das durch unwirtschaftliche Führung des Unternehmens entstanden war. Ein von der CDU gefordertes Organisationsgutachten konnte nur mit Mühe der SPD abgerungen werden. Ein Antrag für CDU, die fünfzigprozentigen Erhöhungen zumindest bei Schülern und Schwerbeschädigten rückgängig zu machen, wurde von der SPD-Mehrheit zurückgewiesen.

Im selben Jahre wurden die Tarife der Stadtreinigung erneut erhöht. Entgegen den gesetzlichen Vorschriften sollen mit den Mehreinnahmen Investitionen finanziert werden.

Nur die Bürokratie blüht

Keine Stadt und kein Land der Bundesrepublik hat eine derartig aufgeblähte, unrationell arbeitende und kostspielige Verwaltung wie Berlin. Die Zahl der öffentlich Bediensteten Berlins beträgt 107 000, nicht gerechnet die weiteren etwa

28 000 Beamten, Angestellten und Arbeiter der städtischen Betriebe, und wächst ständig.

Die Kosten werden dafür 1966 1,95 Milliarden DM betragen, das sind 650 Millionen mehr als die Steuereinnahmen des Landes Berlin. In der Senatskanzlei Willy Brandts sind allein 260 Beamte und Angestellte hauptamtlich beschäftigt. Eine genaue Untersuchung der CDU mit mehr als 50 Vorschlägen zur Rationalisierung der Verwaltung und Verminderung der Stellenzahl wurde vom Senat und der SPD-Mehrheit im Abgeordnetenhaus lediglich zur Kenntnis genommen.

Fernsehen und Hörfunk

Bumerang

Die „ZEIT“ hat einen Bock geschossen. Und es steht zu befürchten, daß sie das Tier sogar absichtlich erlegt hat, um uns aufs Glatteis zu führen. Aber das ist ihr nicht einmal im Trübel des Wahlkampfes gelungen. Was ist geschehen?

In ihrer Ausgabe vom 3. September brachte die „ZEIT“ in ihrer regelmäßigen Hörfunk-Kritik einen Bericht über eine „ungeheure Freveltat“ des Hessischen Rundfunks. In dürren Worten wurde hier von einem Herrn „Rufus“ — hinter dem Pseudonym soll sich ein ganzes Kollektiv von Kritikern verbergen — der Vorwurf der Manipulierung einer Wahlsendung der CDU durch die Frankfurter Anstalt erhoben. Zu einer Zeit (um 18.45 Uhr), während der sonst immer die Wahlsendungen der Parteien angesetzt sind, wurde hier ein als CDU-Wahlsendung getarntes Holzhammer-Kabarett gegen die CDU ausgestrahlt, schrieb die „ZEIT“. Es sei ganz einfach unfair, wenn die Kabarettisten eine angebliche CDU-Stimme in Agitprop-Manier auftreten ließen.

Nachdem man sich gebührend über angebliche Adenauer-, Hassel- und Erhard-Imitationen empört hatte, schloß der Artikel mit den starken Worten:

„Diese mißlungene Parodie auf eine CDU-Wahlsendung war eine einzige böse Unterstellung, die dadurch noch verstärkt wurde, daß zu Beginn eine Stimme versicherte, diese Sendung stünde unter der alleinigen Verantwortung der sie gestaltenden Partei. Der CDU also angeblich. Ich bin gespannt, was die CDU gegen diesen Rufmord unternehmen wird, den der Hessische Rundfunk an ihr begangen hat.“

Ein empörendes Faktum! 99,9% der „ZEIT“-Leser werden trotz ihrer vermehrten Intellektualität der in so unglaublicher Form betrogenen CDU ein paar mittelmäßige Gedanken gewidmet haben. Unerhört, wie diese Rundfunkanstalten der Regierungspartei wieder mitgespielt haben, werden die meisten von ihnen gedacht haben. Bedenklich ist dar-

Ein Grund für diese Mißstände: Die für die Bediensteten zuständige Innenverwaltung wird vom Senator für Verkehr und Betriebe mit der linken Hand nebenher geleitet.

Der Bund muß zahlen

Willy Brandt weist gern auf „seine“ Aufbauleistung in Berlin hin. Er verschweigt dabei, daß Berlin zum großen Teil auf Kosten des Bundes lebt. Der Bundeszuschuß deckt zu fast 50 Prozent die Ausgaben des Berliner Haushalts.

Als die CDU im Berliner Senat den Finanzsenator stellte, betrug der Bundeszuschuß etwa 30 Prozent. Die Berliner U-Bahn beispielsweise erhält vom Bund jetzt jährlich ca. 65 Millionen DM (bisher insgesamt 485 Millionen DM). Das Berliner Schnellstraßensystem wird ausschließlich vom Bund finanziert. Insgesamt hat Berlin seit 1951 25,4 Milliarden DM erhalten. Diese Zuschüsse werden keineswegs sparsam ausgegeben. Eine Reihe von öffentlichen Prachtbauten wird

Fortsetzung Seite 6

an natürlich, daß die von der „ZEIT“ kritisierten „Tatsachen“ der Mehrheit ihrer Leser gar nicht einmal so unwahrscheinlich vorgekommen sein werden. Wir haben ja an dieser Stelle oft genug Gelegenheit, ähnliche Vorkommnisse zu monieren. Die ganze Sache ist also so komisch nicht, wenn es natürlich auch lustig ist, daß ein führender deutscher Imitator von Politikern schon der Täterschaft verdächtigt wurde.

Nach dieser Einleitung werden die meisten unserer Leser ahnen, was Herr Rufus in listig-hinterlistiger Absicht genau wußte. Es war tatsächlich eine Original-Wahlsendung der CDU, an der man auf diese Weise ungehindert sein Mütchen kühlen konnte. Es war sogar eine der besten, die die CDU für diesen Wahlkampf produziert hat, aber natürlich paßten den „ZEIT“lichen Kritikern die in der Sendung vertretene außenpolitische Konzeption nicht. Und der Trick mit der angeblichen Parodie durch den Hessischen Rundfunk erlaubte Herrn Rufus, in seiner Kritik auf alle Hemmungen zu verzichten. Zudem konnte man hoffen, die CDU werde in der Hitze des Wahlkampfes den Tabu nicht genau prüfen und sofort beim Hessischen Rundfunk gegen den empörenden „Rufmord“ protestieren, — gegen ihre eigene Sendung protestieren, wie man dann baß erstaunt feststellen würde.

Aber das Netz war zu fein gesponnen. Die CDU protestierte nicht. Sie wunderte sich nur, wie hier eine angesehene Wochenzeitung bedenkenlos ihre Leser auf den Arm nahm. Und sie wartet gelassen darauf, daß man möglicherweise in der nächsten Ausgabe der „ZEIT“ dem — mit Recht entrüsteten — Hessischen Rundfunk Gelegenheit zu einer Berichtigung geben wird. Dann wird Herr Rufus mit gespielter Erstaunen konstatieren, daß es sich in der Tat um eine Wahlsendung der CDU gehandelt habe, und wird so tun, als fiele er aus allen Wolken. Dabei ist er schon längst in die Grube gefallen, die er selbst gegraben hat. ohg.

Das Sport-Memorandum der CDU

Erfolgreiches Gespräch mit dem Deutschen Sportbund

Das Präsidium der Christlich Demokratischen Union Deutschlands führte am 14. Dezember 1964 mit dem Präsidium des Deutschen Sportbundes ein ausführliches Gespräch über die Probleme des deutschen Sportes. Im Mittelpunkt dieser Erörterungen stand die schulische Leibeserziehung. Das Präsidium des DSB stellte dem Präsidium der CDU zu dieser Frage ein Memorandum in Aussicht, das Mitte August 1965 der CDU zugeleitet wurde.

Das Präsidium der CDU hat aufgrund dieses Memorandums und in der Erkenntnis, daß eine ausreichende Leibeserziehung in den Schulen für die ganzheitliche Erziehung der Jugend und zur Erhaltung der vitalen Kräfte unseres Volkes unerlässlich ist, folgendes Aktionsprogramm aufgestellt:

- Die CDU wird ihre Fraktionen in den kommunalen Beschlußkörperschaften bitten, sich der schulischen Leibeserziehung dergestalt anzunehmen, daß sie für die Erstellung ausreichender schulischer Übungsstätten Sorge tragen, das Ausmaß des tatsächlich erteilten

Unterrichts in den Leibesübungen laufend feststellen und

alle zur kommunalen Zuständigkeit gehörenden personellen und finanziellen Förderungsmaßnahmen treffen.

- Die Fraktionen der Landtage werden gebeten:

den schulischen Übungsstättenbau schwerpunktmäßig voranzutreiben,

dem Fehlbestand an Leibeserziehern in den Volks- und höheren Schulen energisch zu Leibe zu gehen und dabei vor Not- und Übergangsmaßnahmen nicht zurückzuschrecken, soweit diese pädagogisch und sozial verantwortbar sind,

die Prüfungsordnungen an den Lehrerbildungsanstalten so zu gestalten, daß die Absolventen befähigt sind, den Sportunterricht in den Volksschulen zu erteilen,

an den Pädagogischen Hochschulen Lehrstühle für Leibeserziehung zu errichten, die den übrigen Lehrstühlen adäquat sind,

an den neu zu errichtenden Universitäten sich für die Errichtung von Lehrstühlen für Leibeserziehung mit allem Nachdruck einzusetzen und diese Bemühungen auf die bestehenden Hochschulen auszuweiten,

dafür Sorge zu tragen, daß die in den Berufs- und Berufsfachschulen nahezu völlig fehlende Leibeserziehung dadurch wenigstens in etwa ausgeglichen wird, daß die Schüler den ortsansässigen Turn- und Sportvereinen zugeführt werden.

- Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU wird gebeten sicherzustellen, daß der Bund seinen vollen Beitrag zur Durchführung des Goldenen Planes für den Übungsstättenbau übernimmt.

Er versagt überall

Fortsetzung von Seite 5

nicht auf Grund unbestreitbarer Notwendigkeiten gebaut.

Die Kosten pro Bett für ein normales Krankenhaus betragen in Berlin DM 100 000 gegenüber 50 000 bis 60 000 DM im Bundesdurchschnitt. In der Maschinenhalle eines Wasserwerkes wurden die Maschinenteile mit eloxiertem Blech verkleidet und die Wände mit Mosaiken versehen — was den besonderen Beifall der SPD fand. Das im Bau befindliche Universitätsklinikum, ursprünglich für 90 Millionen Mark geplant, verschlang bisher 300 Millionen, ohne daß ein Ende der Kosten abzusehen ist. Der Senat beteiligt sich an dieser Summe mit nur 6,5 Millionen.

In Berlin müssen in den nächsten Jahren einige Stadtgebiete mit 50 000 Wohnungen saniert werden. Das ist für die SPD Anlaß, eine kalte Sozialisierung durchzuführen. Mit Hilfe der städtisch kontrollierten Wohnungsbaugesellschaften wird systematisch ein Staatskapitalismus aufgebaut. Mit rücksichtslosen Methoden werden kleine und mittlere Gewerbebetriebe und Einzelhändler um ihr Eigentum gebracht. In einem bestimmten Areal wird durch Aufkauf verschiedener Häuser und Exmittierung der Bewohner eine schleichende, aber stetige Entvölkerung durchgeführt. Der damit verbundene Umsatzrückgang läßt den Wert eines Betriebes auf Null sinken. Die Inhaber sind gezwungen, zu jeder gestellten Bedingung an die Wohnungsbaugesellschaften zu verkaufen. Pächter — und das ist die überwiegende Mehrzahl der Betroffenen — gehen völlig leer aus. Entschädigungen werden nicht gegeben. Von der CDU vorgelegte Gesetze, die unter anderem eine Entschädigung des verlorenen Geschäftswertes vorsahen, wurden von der SPD-Mehrheit des Abgeordnetenhauses abgelehnt. Ebenso wurde ein Vorschlag der CDU, in den sanierten Gebieten eine Reprivatisierung durchzuführen, von der SPD abgelehnt.

Auszeichnung der CVP

Immer mehr Anhänger treten aus der Splitterpartei aus

Die Christliche Volkspartei (CVP) will sich schon jetzt für die Bundestagswahlen des Jahres 1969 rüsten. Im Gegensatz dazu steht die Tatsache, daß die Partei immer mehr zerbröckelt und auch bisher treue Anhänger es vorziehen, den undurchsichtigen Weg der CVP nicht mehr mitzumachen.

Noch am 5. September erklärte der Bundesvorsitzende der CVP, Josef Vollmer, daß sich die Saarländische Volkspartei/Christliche Volkspartei (SVP/CVP) in allen Bundesländern 1969 zur Wahl stellen werde. Bisher verfügt die Partei über Landesverbände in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Rheinland-Pfalz und im Saarland. Bis zum 31. Dezember 1965 soll die Organisation in allen Bundesländern stehen.

Auf die internen Schwierigkeiten der Partei weist die Äußerung des Bundesvorsitzenden hin, er wolle der Schwesterpartei im Saarland jede Unterstützung zur Beilegung parteiinterner Differenzen leisten. Vorangegangen waren der Austritt des gesamten Kreisverbandes Merzig-Wadern und des Ortsverbandes Sulzbach sowie die Mandatsniederlegung der Landtagsabgeordneten Maria Schweitzer und Erwin Müller, der früher Landesparteivorsitzender war. An die Stelle von Erwin Müller ist Kurt Wolf gerückt, der allem Anschein nach einen härteren Kurs steuern wird.

Auf einem außerordentlichen Landesparteitag der SVP/CVP kam es dann auch prompt zu tumultartigen Auseinandersetzungen:

Nachdem der ehemalige Ministerpräsident der Saar, Johannes Hoffmann, in einem Leitartikel seine Freunde aufgefordert hatte, bei der kommenden Bundestagswahl der Union ihre Stimmen zu geben, ergriff er auf einer Kreisveranstaltung der SVP/CVP in Merzig das Wort. Dort kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem neuen Landesvorsitzenden der SVP/CVP, Kurt Wolf, und

dem bisherigen Kreisvorsitzenden und Kollegen im letzten Landesparlament, Dr. Paulus aus Losheim. Dr. Paulus griff den „destruktiven Kurs“ der jetzigen SVP/CVP-Führung scharf an und erklärte, Wolf habe ihm nicht verhehlt, daß die SPD der neuen, überstürzt improvisierten „Bundes-CVP“ über drei Ecken eine Million DM zur Unterstützung des Wahlkampfes zugeschustert habe. Bei der gleichen Gelegenheit sprach Dr. Paulus davon, daß Wolf als Organisationsleiter der SVP/CVP die Zuwendungen anderer Parteien während des saarländischen Landtagswahlkampfes bisher nicht ordnungsgemäß abgerechnet habe. Mittlerweile hat Wolf wegen dieser Vorwürfe gegen Dr. Paulus gerichtliche Schritte unternommen.

Die Merziger Veranstaltung erlebte turbulente Minuten, als Wolf ums Wort bat und Dr. Paulus ihm den Schritt zum Rednerpult verwehrte. In höchster Erregung griff der CVP-Manager Wolf zu einem Stuhl und drang damit auf Paulus ein. Ordner mußten den Wütenden aus dem Saal drängen. Der Vorstand und alle Mandatsträger der SVP/CVP des Kreises Merzig sind geschlossen aus der Partei ausgetreten. Auch der Vorsitzende des SVP/CVP-Kreisverbandes Saarbrücken-Land-Ost, Norbert Hildesheimer, hat schriftlich seinen Austritt aus der Wolf-SVP erklärt.

Durch die eindeutige Absage Johannes Hoffmanns an den von Kurt Wolf verfolgten Kurs und die Reaktion in den meisten Kreisverbänden der SVP/CVP sieht die SPD ihre publizistischen und materiellen Unterstützungsaktionen zugunsten des Wolf-Abenteuers heute bereits als wirkungslos verpufft an.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

SPD war schon 1952 dagegen

MdB Dr. Hermann Götz zur Diskussion über den Lastenausgleich

Die SPD hat schon 1952 gegen das Lastenausgleichsgesetz gestimmt. Das hat der Vorsitzende des hessischen CDU-Landesvertriebenenausschusses, der Bundestagsabgeordnete Dr. Hermann Götz, in einer Kritik zur Haltung der Sozialdemokraten in der LAG-Gesetzgebung festgestellt.

Neue Vorwürfe gegen Dahlgrün

Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für den Lastenausgleich, Ernst Kuntscher, hat Bundesfinanzminister Dahlgrün (FDP) vorgeworfen, den Bundestag vor der entscheidenden Abstimmung über die 18. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz mit falschen Zahlen irreführt zu haben. In Bremen sprach sich der CDU-Politiker dafür aus, in einer bald zu verabschiedenden 19. Novelle entscheidende Korrekturen in der Lastenausgleichsgesetzgebung vorzunehmen.

Vom GDP-Vorstand distanziert

Der Eutiner GDP-Kreisverband hat sich vom GDP-Bundesvorsitzenden Ahrens und anderen GDP-Vorstandsmitgliedern distanziert, die in Hessen und Niedersachsen auf SPD-Landeslisten für den Bundestag kandidieren.

Stingl: SPD ist unzuverlässig

Der Vorsitzende des CDU/CSU-Landesverbandes Oder-Neiße, der Berliner Bundestagsabgeordnete Josef Stingl, hat der SPD erneut Unzuverlässigkeit in heimatpolitischen Fragen vorgeworfen. Stingl stellte zu den jüngsten Erklärungen des SPD-Vorsitzenden Brandt, die SPD wolle sich bei ihren Vorstellungen über einen deutschen Friedensvertrag in der Frage der künftigen deutschen Ostgrenzen nicht festlegen, fest: „Damit hat der ‚Kanzlerkandidat‘ der SPD selbst die Unzuverlässigkeit der Sozialdemokraten in den Fragen der deutschen Oder-Neiße-Gebiete und in der Wahrung der Rechte der Heimatvertriebenen bestätigt. Sich in den Grenzfragen nicht festlegen heißt, daß man nicht bereit ist, bei etwaigen Friedensvertragsverhandlungen den in den internationalen Verträgen festgelegten Gebietsstand Deutschlands zugrunde zu legen. Wer vor solchen Gesprächen schon sagt, daß er sich nicht festlegt, der dokumentiert damit, daß er nicht auf der Basis eines Deutschlands in den Grenzen von 1937 steht“.

Kritik an Staatsanwaltschaft

Als „formaljuristisch zwar in Ordnung, politisch jedoch völlig unbefriedigend“ hat ein Sprecher des CDU/CSU-Landesverbandes Oder-Neiße den Beschluß der Generalstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin bezeichnet, das Ermittlungsverfahren wegen Mordes gegen den SED-Chef Ulbricht vorläufig einzustellen. Der Schatzmeister des Landesverbandes, Edelhart Rock (Wolfenbüttel), hatte Rock nach dem Mord an einem Westberliner Wassersportler im Teltow-Kanal angezeigt. Die Staatsanwaltschaft teilte Rock jetzt mit, das Verfahren müsse vorläufig eingestellt werden, „da der Hauptverhandlung für längere Zeit die Abwesenheit des Angeschuldigten gegenübersteht“.

Götz erklärte am 2. September im Pressedienst der CDU Hessen u. a.:

● Wahr ist, daß die SPD im Jahre 1952 im Deutschen Bundestag gegen das Lastenausgleichsgesetz gestimmt hat, das den Flüchtlingen eine Entschädigung für die durch die Vertreibung entstandenen Vermögensverluste garantiert.

● Die SPD wollte damals nur „soziale Leistungen“ und lehnte jede Vermögensentschädigung ab. Es war ihr politisches Ziel, die Vertriebenen und Flüchtlinge vermögenslos und arm zu halten.

● Die Vorschläge der SPD zur 18. Novelle beliefen sich auf 13 Milliarden DM, die Forderungen der Geschädigtenverbände dagegen auf 9,9 Milliarden DM. Einstimmig beschloß der Bundestag Leistungsverbesserungen in Höhe von 8,6 Milliarden DM.

● Der SPD fiel nichts anderes ein, als im ganzen Lande die Parole zu verkünden, die Bundesregierung verteile

Wahlgeschenke und bringe den Bundeshaushalt in Gefahr. Bezeichnend ist die Haltung des Hamburger Bürgermeisters Prof. Weichmann (SPD), der im Bundesrat erklärt hatte: „Heute ist es wichtiger, für die dringendsten Aufgaben der Zukunft, etwa für die Wissenschaftsförderung, etwas zu tun, statt noch einmal ein Stück Vergangenheit bewältigen zu müssen.“ Im Bundesrat stimmten die Vertreter der SPD-Länder gegen die von ihren Parteifreunden mitbeschlossene Novelle, auch die von der SPD/GDP-BHE-Regierung entsandten Vertreter des Landes Hessen, die heute durch knallige Annoncen ihre Unaufrichtigkeit überspielen wollen.

● Im Vermittlungsausschuß, der je zur Hälfte aus Vertretern des Bundestages und Bundesrates besteht, wurde mit den Stimmen der SPD die Kürzung der Novelle auf 1,9 Milliarden DM beschlossen. Im Bundestag jedoch stimmte die SPD gegen die Annahme des Vermittlungsvorschlages.

Heimatrecht unverzichtbar

MdB Clemens Riedel kritisiert polnische Bischöfe

Das Recht auf die angestammte Heimat sei ein überstaatliches Grundrecht des Menschen und als solches unverzichtbar und unverwundbar. Seine generelle Mißachtung stelle deshalb einen totalitären Willkürakt des Staates dar; entsprechend sei es Pflicht eines freiheitlichen Staates, den Rechtsanspruch auf Heimat zu vertreten und zu wahren.

Das betonte der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vizepräsident des Heimatwerkes katholischer Schlesier, Clemens Riedel, anlässlich der St. Annaberg-Wallfahrt-Gedächtnisfeier in Königstein/Taunus. Der Abgeordnete sagte, wenn das Heimatrecht auch noch nicht als spezielles Grundrecht im Menschenrechtskatalog der Verfassungen aufgeführt sei, so sei es doch in wesentlichen Grundrechten mit-enthalten.

Denn eine Vertreibung aus der Heimat oder Aberkennung des Heimatrechtes verstoße unzweifelbar gegen die überstaatlichen Grundrechte der Würde und Rechtsgleichheit des Menschen, der freien Entfaltung der Persönlichkeit und Freiheit der Person und des Rechts am erworbenen Eigentum.

Riedel wandte sich scharf gegen die zunehmende „Stimmungsmache“ gegen den Heimatanspruch der Vertriebenen, die er als ein Zeichen moralischer Indifferenz bei den Nichtbetroffenen und als Ausdruck schlechten Gewissens seitens der kommunistischen Usurpatoren wertete. Angesichts des von den Vertriebenen nachdrücklich ausgesprochenen Gewaltverzichts erweise sich die Beschuldigung eines Revanchismus und Chauvinis-

mus gegen die Vertriebenenverbände als durchsichtige Verleumdung.

Die Behauptung der polnischen Bischöfe, das Recht der vertriebenen Volksgruppen auf ihre Heimat sei „weniger wichtig“ als das Recht des polnischen Volkes auf Existenz, bezeichnete der Bundestagsabgeordnete als moralisch verwerflich, logisch widersprüchlich und historisch unsinnig. Riedel nannte es „traurig“, daß sich ausgerechnet höchste geistliche Würdenträger zu einer national unterschiedlichen Auslegung der Menschenrechte anhalten ließen.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung R. Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postcheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei

SPD mit faulen Tricks

Wahlillustrierte betreibt Volksverdummung

Die „Bonner Regierung“ — man beachte den Jargon! — sei der Ansicht, „daß Badezimmer Luxus“ seien. Das behauptet die SPD-Wahlillustrierte „vorn“. Und das, obwohl 97 % der in den letzten Jahren gebauten Wohnungen ein Bad haben — und zwar sowohl im öffentlich geförderten, als auch im übrigen Wohnungsbau. Damit liegt die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich an der Spitze.

Die erfolgreiche Wohnungsbaupolitik der von der CDU/CSU geführten Bundesregierung hat dafür die Voraussetzung geschaffen. Schon in dem von der SPD abgelehnten „Zweiten Wohnungsbau-gesetz“ aus dem Jahre 1956 ist gesetzlich festgelegt, daß zur Mindestausstattung einer öffentlich geförderten Wohnung ein Bad gehört.

Als zweites fordert die sozialdemokratische Wahlillustrierte, „mit der wachsenden Freizeit müsse auch der Wohnraum wachsen“. Dabei weiß die SPD ganz genau, daß seit Jahren die Wohnungen größer werden: Während die Wohnfläche der 1949/50 gebauten Wohnungen im Durchschnitt nur wenig über 50 qm lag, beträgt sie heute bereits über 80 qm. Mehr als die Hälfte der im letzten Jahre fertiggestellten Sozialwohnungen ist auch mit Zentralheizung ausgestattet.

Es ist der Erfolg der von der CDU/CSU geführten Bundesregierung, daß seit 1953 in unserem Lande in jeder Minute Tag

und Nacht eine neue Wohnung gebaut wird. Seit 1949 wurde mit 8 1/2 Millionen Wohnungen — davon über 4 1/2 Millionen Sozialwohnungen — neuer Wohnraum für 25 Millionen Menschen geschaffen. Die Bundesrepublik Deutschland liegt damit in der Welt mit an erster Stelle. 1964 wurde mit 623 000 neu gebauten Wohnungen eine Rekordleistung erzielt. Schon heute ist sicher, daß auch in diesem Jahr wieder etwa 600 000 Wohnungen gebaut werden. Im nächsten Jahr werden es etwa 550 000 Wohnungen und 1967 rd. eine halbe Million sein. Auch danach wird weitergebaut, bis jeder nicht eine, sondern seine, d. h. die ihm und seiner Familie gemäße Wohnung hat.

Diese Leistung erwähnt die Illustrierte der SPD mit keinem einzigen Wort. Kein Wort wird auch darüber verloren, daß es seit dem 1. 4. 1965 ein Wohngeldgesetz gibt, dem selbst die SPD im Bundestag zugestimmt hat.

Statt dessen macht sie in Volksverdummung. — Mit falschen und faulen Tricks.

Politik kennt doch Dank

CDU Nordrhein-Westfalen veranstaltete Frauentagung

„Dank ist Ausdruck einer moralischen Kraft und unser Volk und unsere Frauen wollen Ihnen danken“, rief Aenne Brauksiepe, MdB, und Vorsitzende der Bundesfrauenvereinigung der CDU Dr. Konrad Adenauer unter großem Beifall auf der Großkundgebung der CDU Nordrhein-Westfalen für die Frauen dieses Landes zu.

Dr. Konrad Adenauer wies auf die Überschätzung der Meinungsmacher hin, die festgestellt haben wollten, daß Frauen an der Politik uninteressiert wären. Er persönlich glaube das nicht. Er rief jedoch auf zur stärkeren Anteilnahme und Verantwortung und Mitarbeit der Frauen in der Politik. Beifall unterbrach ihn, als er die Frauen aufforderte, auch bei der Aufstellung von Kandidatinnen in Bund, Land und Kommunen in den Vorentscheidungen besser mitzuwirken.

Zu dieser Kundgebung besonderen Stils hatten die Landesvereinigungen der Frauen der CDU Rheinland und Westfalen eingeladen. 16 000 Anfragen nach Plätzen hatten vorgelegen. 8000 Karten wurden vergeben und 10 000 fanden schließlich einen Platz.

Es sprachen weiter Ministerpräsident Meyers, der Vorsitzende des Landesver-

bandes Rheinland, Minister Grundmann, die Vorsitzenden der Landesvereinigungen der Frauen der CDU Rheinland und Westfalen, Frau Sybille Hartmann und Freiin von Berdow, und der Kreisvorsitzende von Essen, Dr. Emmerich.

In seinen Begrüßungsworten gedachte Minister Grundmann vor allem der drei Persönlichkeiten, die die politische Arbeit in diesem Raum den Frauen nahegebracht hatten und sie zur aktiven Mitarbeit in der Union gewonnen hatten: Helene Weber, Luise Rehling und Carola Gilles. Er dankte auch den ausscheidenden Abgeordneten Emmy Welter und Margarete Engländer.

Ministerpräsident Meyers forderte in seiner Rede vor allem die berufstätigen Frauen auf, die Wahl so ernst zu nehmen wie ihren Beruf und sie nicht über anderen Pflichten zu vergessen. Die Frauen haben heute in der Wirtschaft eine nicht mehr zu übersehende und nicht mehr fortzudenkende Rolle übernommen. Das sollten sie auch in der Politik tun. Er wies auf die Notwendigkeit einer besseren Berufsausbildung der Mädchen hin, betonte aber auch, daß für die Frau nach Meinung der CDU die Familie selbstverständlich vor die Frauenarbeit gehen müsse.

Es geht um Wohngeld

Es besteht Anlaß, darauf hinzuweisen, daß alle diejenigen, die ihren Antrag auf Wohngeld bis zum 30. September stellen, den Mietzuschuß noch rückwirkend für ein halbes Jahr erhalten. In diesem Jahr sind bis jetzt rund 100 Millionen DM an Wohngeld ausbezahlt worden.

Der Wahlkampf in Hörfunk und Fernsehen

Nachfolgend setzen wir die Veröffentlichung der CDU/CSU-Sendezeiten fort. In der nächsten Ausgabe folgt der Schluß.

Freitag, den 10. 9. 1965

12.45—12.50 Uhr	Südwestf. MW/UKW I
17.45—17.50 Uhr	NDR II. Progr.
18.10—18.15 Uhr	WDR II. Progr.
18.15—18.20 Uhr	Saarl. Rundf. II. Progr.
18.40—18.45 Uhr	Radio Bremen
18.55—19.00 Uhr	NDR/WDR I. Progr.
19.45—19.50 Uhr	Südd. Rundf. UKW II
21.00—21.30 Uhr	Deutschlandfunk

Sonntag, den 12. 9. 1965

17.30—18.00 Uhr	NDR/WDR I. Progr.
17.30—18.00 Uhr	Hess. Rundf. I. Progr.
19.00—19.30 Uhr	Südwestf. MW/UKW I

Montag, den 13. 9. 1965

12.45—12.50 Uhr	Südwestf. MW/UKW I
13.00—13.05 Uhr	Saarl. Rundf. II. Progr.
13.10—13.15 Uhr	Südd. Rundf. UKW I
17.45—17.50 Uhr	NDR II. Progr.
18.10—18.15 Uhr	WDR II. Progr.
18.55—19.00 Uhr	Deutschlandfunk
18.55—19.00 Uhr	NDR/WDR I. Progr.
19.25—19.30 Uhr	Südd. Rdf. MW/UKW I
19.55—20.00 Uhr	Saarl. Rundf. I. Progr.

Dienstag, den 14. 9. 1965

18.55—19.00 Uhr	Südwestf. MW/UKW I
19.20—19.25 Uhr	NDR/WDR I. Progr.
22.10—22.15 Uhr	Saarl. Rundf. I. Progr.

Mittwoch, den 15. 9. 1965

12.45—12.50 Uhr	Südwestf. MW/UKW I
12.55—13.00 Uhr	Südd. Rdf. MW/UKW I
13.00—13.05 Uhr	Saarl. Rundf. II. Progr.
13.10—13.15 Uhr	Südd. Rundf. UKW II
17.55—18.00 Uhr	Südwestf. UKW II
18.20—18.25 Uhr	NDR II. Progr.
18.40—18.45 Uhr	Radio Bremen
18.55—19.00 Uhr	NDR/WDR I. Progr.
19.15—19.25 Uhr	NDR/WDR I. Progr.
19.25—19.30 Uhr	Hess. Rundf. II. Progr.
19.40—19.45 Uhr	WDR II. Progr.
19.45—19.50 Uhr	Südd. Rundf. UKW II
20.55—21.00 Uhr	Saarl. Rundf. I. Progr.

Fernsehen

Donnerstag, den 9. 9. 1965

ARD	zwischen der 20.00-Uhr-Ausgabe der Tagesschau und der Wetterkarte (Fernsehsendung 10 Minuten)
ZDF	innerhalb der Sendung „Heute“ zwischen dem Nachrichtenteil und der Wetterkarte (Fernsehsendung 10 Minuten)

Dienstag, den 14. 9. 1965

ARD	zwischen der 20.00-Uhr-Ausgabe der Tagesschau und der Wetterkarte
ZDF	innerhalb der Sendung „Heute“ zwischen dem Nachrichtenteil und der Wetterkarte